

Niederschrift
über die 5. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 16.04.2015 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank
Bündgens, Willi für Giebels, Harald
Decker, Ruth
Fenninger, Georg
Kuckelkorn, Günter
Kühlwetter, Joachim (bis TOP 5)
Nabbefeld, Michael für Dr. Schlieben, Nils Helge
Petrauschke, Hans-Jürgen (bis TOP 5)
Zimball, Wolfgang

SPD

Arndt, Denis
Krupp, Ute (bis TOP 15)
Prof. Dr. Rolle, Jürgen (bis TOP 5)
Schmitz, Hans
Schulz, Ursula Vorsitzende
Walter, Karl-Heinz
Wucherpennig, Brigitte

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlitz-Dickhoff, Johannes
Peters, Anna
Rickes, Roland

FDP

Haupt, Stephan für Effertz, Lars Oliver
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Zierus, Jürgen

Freie Wähler/Piraten

Vallot, Margret

Fraktionsgeschäftsstellen

Klemm, Ralf
Schmitz, Heinz
Schulte, Felix (bis TOP 9)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Freie Wähler/Piraten
Die Linke.

Verwaltung:

Limbach, Reiner
Frankeser, Karl-Heinz
Dannat, Knut
Janich, Marc
Krause, Frank
Mäckle, Verena
Robens, Rolf
Schwamborn, Axel
Beuel, Stefan (Protokoll)

Erster Landesrat
stellv. GF InfoKom
Leiter LVR-FB 14
komm. Leiter LVR-FB 12
LVR-InfoKom
Stab GGM (bis einschl. TOP 8)
Leiter LVR-FB 11
Leiter LVR-Institut TBE (10.02)
10.10

Sonstige Anwesende:

Basten, Larissa
Franke, Antje (bis TOP 7)
Häger, Hildegard (bis TOP 9)
Herbst, André (bis TOP 12)
Schiele, Corinna (bis TOP 7)
Schneiders, Susanne (bis TOP 12)
Steymans, Inge (bis TOP 7)
Unkelbach, Ingo
Zander, Dieter

Die Linke.
PR 7
LVR-FB 12
LVR-FB 21
PR 5
LVR-FB 21
GPR
10.10
LVR-FB 12

Tagesordnung

A: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschriften
- 2.1. Niederschrift über die 3. Sitzung vom 19.01.2015
- 2.2. Niederschrift über die 4. Sitzung vom 02.02.2015
3. Anfragen und Anträge
4. Haushalt 2015/2016
- 4.1. Anträge zum Haushalt 2015/2016
- 4.1.1. Haushalt 2015/16 - Traineesprogramm
- 4.1.1.1. Änderungsantrag zum Antrag "Trainee-Programm" (14/45)
Haushalt 2015/16;
Fortführung des Traineeprogramms **14/99 GRÜNE**
14/45 CDU, SPD
- 4.1.1.2. Haushalt 2015/16;
Fortentwicklung InfoKom **14/46 CDU, SPD**
- 4.1.1.3. Haushalt 2015/2016:
Interkommunale Zusammenarbeit und Synergien verstärken **14/98 FDP**
- 4.1.1.4. Haushalt 2015/16;
Zentrale Fortbildungsstelle LVR **14/47 CDU, SPD**
- 4.1.1.5. Haushalt 2015/16;
Ausbildungsquote bedarfsgerecht erhöhen **14/52 SPD, CDU**
- 4.1.1.6. Haushalt 2015/2016: Einsparpotentiale durch die
Umstellung auf OpenSource-Software **14/31 Freie
Wähler/Piraten**
- 4.1.1.7. Haushalt 2015/16;
Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis)
in LVR-Einrichtungen verbessern **14/43 CDU, SPD**
- 4.1.1.8. Haushalt 2015/16;
Überprüfung der Verwaltungsstrukturen des LVR **14/48 CDU, SPD**
- 4.1.1.9. Haushalt 2015/16;
Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze **14/62 SPD, CDU**
- 4.1.1.10. Haushalt 2015/16;
Aufstockung der Stellen in den Bereichen LVR-AFZ, LVR-
ZMB, Stabsstelle Digitalisierung Kulturelles Erbe **14/81 SPD, CDU**
- 4.1.1.11. Haushalt 2015/16; Fortführung der Arbeit am **14/91 CDU, SPD**

"Rheinischen Städteatlas"

- | | | |
|---------|---|-----------------------|
| 4.1.12. | Haushalt 2015/16;
Einsatz regionaler Produkte | 14/58 SPD, CDU |
| 4.2. | Haushalt 2015/2016
hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und
allgemeine Verwaltung | 14/206/1 |
| 4.3. | Konzept zur Standardisierung von Informationen über die
Erreichbarkeit der LVR-Einrichtungen | 14/287/1 |
| 5. | Stellenplan 2015/2016 | |
| 5.1. | Stellenplan 2015/2016 | 14/209/1 |
| 5.2. | Personalbericht 2014 für die LVR-Dezernate und LVR-
InfoKom | 14/286/1 |
| 5.3. | Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2014 (einschl.
Entwicklung 2010 bis 2013) | 14/417 |
| 6. | Betriebsintegrierte Arbeitsplätze im LVR- Grundsätzliches
und aktueller Sachstand | 14/395 |
| 7. | Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung
von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit
Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt | 14/320 |
| 8. | Bericht der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender
Mainstreaming - Schlussfolgerungen und Zielsetzungen | 14/412 |
| 9. | Verschiedenes | |

B: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 10. | Wirtschaftsplanentwurf 2015 LVR-InfoKom | 14/267/1 |
| 11. | Medienberatung NRW - LOGINEO NRW | 14/199 |
| 12. | Verschiedenes | |

C: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 13. | Niederschriften | |
| 13.1. | Niederschrift über die 3. Sitzung vom 19.01.2015 | |
| 13.2. | Niederschrift über die 4. Sitzung vom 02.02.2015 | |
| 14. | Anfragen und Anträge | |
| 15. | Marktkonformitätsuntersuchung der Sparte
Unterhaltsreinigung der Rheinland Kultur GmbH in 2014 | 14/259/1 |
| 16. | Personalmaßnahmen | |

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 16.1. | Eingruppierung von Frau Landesrätin Renate Hötte in ein Amt der Besoldungsgruppe B5 LBesO | 14/442 |
| 16.2. | Übernahme des Leiters des Max Ernst Museums Brühl des LVR in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis | 14/424 |
| 16.3. | Bestellung zum Prüfer des LVR-Fachbereichs Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland | 14/396 |
| 16.4. | Personalmaßnahmen;
hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung | 14/432 |
| 16.5. | Personalmaßnahmen;
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 14/416 |
| 17. | Verschiedenes | |

D: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 18. | Vierter Quartalsbericht 2014 von LVR-InfoKom | 14/406 |
| 19. | Übersicht der Vergaben von LVR-InfoKom ab einer Summe von 10.000 EUR für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 15.03.2015 | 14/410 |
| 20. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	12:10 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	12:20 Uhr
Ende der Sitzung:	12:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Vorsitzende regt an, den Änderungsantrag Nr. 14/99 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag Nr. 14/45 CDU, SPD gemeinsam mit diesem unter TOP 4.1.1 zu behandeln.

Hierzu besteht Einvernehmen im Ausschuss und gegen die so ergänzte Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschriften

Punkt 2.1
Niederschrift über die 3. Sitzung vom 19.01.2015

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 2.2
Niederschrift über die 4. Sitzung vom 02.02.2015

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3
Anfragen und Anträge

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 1 verwiesen.

Punkt 4
Haushalt 2015/2016

Punkt 4.1
Anträge zum Haushalt 2015/2016

Herr Schmitz stellt für die Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN klar, dass die Anträge zum Haushalt erst heute Nachmittag abschließend im Fraktionsvorstand beraten werden. Deshalb könne man sich hier und jetzt nicht abschließend zu den Anträgen äußern und müsse sich ggf. enthalten.

Punkt 4.1.1
Haushalt 2015/16 - Traineesprogramm

Änderungsantrag zum Antrag "Trainee-Programm" (14/45)
Antrag 14/99 GRÜNE

Haushalt 2015/16;
Fortführung des Traineeprogramms
Antrag 14/45 CDU, SPD

Die Fraktionen CDU und SPD erläutern die Gründe ihres Antrages und stellen klar, warum sie den Änderungsantrag Nr. 14/99 GRÜNE nicht mittragen können. In erster Linie wolle man sich nicht zahlenmäßig festlegen. Ziel des eigenen Antrags sei es, das Traineeprogramm zur Bedarfsdeckung und nicht zur Bedarfsweckung fortzusetzen.

Herr Bortlitz-Dickhoff erläutert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Änderungsantrag Nr. 14/99 GRÜNE. Der Antrag von CDU und SPD berge gewisse Gefahren für das Traineeprogramm der Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler. Deshalb gelte es, diese von den Juristinnen und Juristen zu trennen und auch eine Flexibilität beim Einstiegsentgelt zu schaffen.

Herr Runkler erklärt für die FDP-Fraktion, den Änderungsantrag Nr. 14/99 GRÜNE grundsätzlich zu unterstützen, aber der bisherige Rhythmus von 2 Jahren solle beibehalten werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Zierus** verdeutlicht **Herr Limbach**, dass das Traineeprogramm kein exklusives Programm darstelle, was andere Berufsgruppen benachteilige. Für die Mitarbeitenden des gehobenen Dienstes gebe es entsprechend zugeschnittene Programme.

Der Änderungsantrag Nr. 14/99 GRÜNE wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke. sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst sodann **einstimmig** - bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER/PIRATEN - folgenden empfehlenden Beschluss:

"Das Trainee-Programm des LVR soll fortgeführt werden. Hierbei sind auch Volljuristen mit einzubeziehen.

Die kommenden Programme sollen über drei Jahre laufen, wobei den TeilnehmerInnen nach Durchführung der Stagen in den ersten beiden Jahren die Weiterbeschäftigung beim LVR für ein weiteres Jahr garantiert wird. Die Programme sollen alle zwei Jahre neu angeboten werden, es sollen 8 - 10 geeignete TeilnehmerInnen eingestellt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu berichten, in welchen Bereichen der Verwaltung die Trainees der vergangenen Jahre heute eingesetzt werden und in wie vielen Fällen kein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis begründet wurde."

Punkt 4.1.2
Haushalt 2015/16;
Fortentwicklung InfoKom
Antrag 14/46 CDU, SPD

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache - bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Aufbau von Kooperationen von InfoKom mit anderen – vorwiegend kommunalen - IT-Dienstleistern zu entwickeln. Eine Gewinnung von Kooperationspartnern soll nicht auf die Verwaltungsgrenzen des Rheinlandes begrenzt sein. Über den Fortgang der diesbezüglich zu führenden Gespräche soll der Personalausschuss regelmäßig unterrichtet werden."

Punkt 4.1.3
Haushalt 2015/2016:
Interkommunale Zusammenarbeit und Synergien verstärken
Antrag 14/98 FDP

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag Nr. 14/98 FDP **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke. sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - abgelehnt.

Punkt 4.1.4

**Haushalt 2015/16;
Zentrale Fortbildungsstelle LVR
Antrag 14/47 CDU, SPD**

Herr Klemm erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht folgen könne. Dies insbesondere deshalb, weil der Antrag die Lösung bereits vorgebe.

Herr Boss widerspricht dem. Der Beschlussvorschlag beinhalte Fragen, die es zunächst zu klären gelte. Eine Entscheidung falle erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Runkler äußert insbesondere mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen des LVR mit zentralen Fortbildungseinrichtungen Bedenken gegenüber dem Antrag.

Frau Wucherpfennig verdeutlicht, dass eine zentrale Fortbildungsstelle Wunsch der Fraktionen CDU und SPD sei. Vorausgesetzt, dass sich dieser, auch unter Kostengesichtspunkten, sinnvoll realisieren lasse.

Herr Zierus würde auch eher wechselnde Seminarorte für förderlich halten und schließt sich der Kritik an.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wonach es wieder eine zentrale Fortbildungsstelle für die Fortbildungen des LVR gibt.

Dadurch sollen im Vergleich zu den aktuellen Aufwendungen für Fortbildungen Einsparungen realisiert werden. Aspekte wie Erreichbarkeit und erforderliche Infrastruktur sollen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Darstellung der Fortbildungsangebote anzufertigen und dabei die folgenden Fragen zu beantworten:

- Für wie viele Mitarbeiter wurden im Jahr 2014 Fortbildungen durchgeführt?
- Mit welchem Finanzeinsatz waren diese Fortbildungen unter Einschluss von Reisekosten verbunden?
- Wie hoch ist der Anteil der Fortbildungen, die in der Zentralverwaltung in Köln durchgeführt werden?
- In welchem Umfang wird für Fortbildungsveranstaltungen und Seminare auf Tagungshotels und sonstige Fortbildungsstätten in anderer Trägerschaft als der des LVR zurückgegriffen?"

**Punkt 4.1.5
Haushalt 2015/16;
Ausbildungsquote bedarfsgerecht erhöhen
Antrag 14/52 SPD, CDU**

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Ausbildungsquote beim LVR ist dem Bedarf von LVR und Mitgliedskörperschaften anzupassen und angemessen zu erhöhen. Über den Bedarf und das Verfahren zur Übernahme der Auszubildenden durch die Mitgliedskörperschaften sind entsprechende Vereinbarungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu treffen."

Punkt 4.1.6

Haushalt 2015/2016: Einsparpotentiale durch die Umstellung auf OpenSource-Software

Antrag 14/31 Freie Wähler/Piraten

Frau Vallot erläutert nochmals die Gründe für den Antrag, insbesondere das aus Sicht ihrer Fraktion mögliche Einsparpotential. Sie verweist dazu auf die Erfahrungen der Stadt München. Mit ihr biete sich ggf. ein Austausch an.

Herr Runkler ergänzt, dass man sich in der Vergangenheit bereits mit dem Thema "OpenSource" im Ausschuss befasst habe. Ggf. mache es Sinn, das Thema neu zu beleuchten. Für diesen Fall regt er an, den Beschlussvorschlag in Ziffer 2 hinter den Worten "...Kontakt zur Stadt München auf" zu beenden. **Frau Vallot** ist mit diesem Vorschlag ausdrücklich einverstanden.

Herr Boss führt aus, dass man sich nach intensiver Diskussion des Antrags entschieden habe, diesen letztlich nicht mitzutragen, weil die Verwaltung OpenSource-Software bereits jetzt dort einsetze, wo dies möglich sei.

Herr Frankeser bestätigt dies. OpenSource sei seit über 10 Jahren in LVR-InfoKom Thema und auch Gegenstand der IT-Strategie des LVR. Bei Softwareauswahl werde unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit auch immer die Möglichkeit einer OpenSource-Lösung betrachtet. So seien ca. 130 Linux-Server im Einsatz. OpenSource-Produkte werden z. B. bei LOGINEO NRW und bei der Langzeitarchivierung verwendet. Ein Kontakt mit der Stadt München bestehe bereits. Nach dortiger Auffassung sei OpenSource kein Instrument, die IT wirtschaftlicher zu machen. In München seien zwar weitgehend alle Büro-Rechner linuxbetrieben, aber viele Anwendungsprogramme liefen, weil nicht anders verfügbar, weiterhin unter Windows, was entsprechende Lizenzgebühren nach sich ziehe. LVR-InfoKom habe bereits den Einsatz von OpenOffice anstelle von MS Word geprüft und letztlich verworfen, weil viele Fachanwendungen Schreiben erzeugen und dafür fast immer eine Schnittstelle zu MS Word benötigen. Bei der Frage, ob für einen Anwendungsfall eine Opensource-Lösung oder eine kommerzielle Software die bessere Lösung sei, spiele neben den Kosten auch die Möglichkeit von professionellem Support und Betriebsaspekte eine wichtige Rolle.

Herr Schulte unterstützt die Haltung von LVR-InfoKom. Die Erfahrungen anderer zeigten, dass OpenSource in erster Linie eine Kostenverschiebung bedeute.

Herr Rickes schließt sich dem an und unterstützt die Beurteilung des Softwareeinsatzes nach festgelegten wirtschaftlichen Grundsätzen.

Der Antrag Nr. 14/31 Freie Wähler/Piraten wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. - gegen die Stimmen der Fraktionen von FREIE WÄHLER/PIRATEN und FDP - abgelehnt.

Punkt 4.1.7

Haushalt 2015/16;

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern

Antrag 14/43 CDU, SPD

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen. Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen. Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird."

Punkt 4.1.8
Haushalt 2015/16;
Überprüfung der Verwaltungsstrukturen des LVR
Antrag 14/48 CDU, SPD

Herr Rickes, Herr Bortlitz-Dickhoff für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Herr Runkler** für die FDP-Fraktion und **Herr Zierus** für die Fraktion Die Linke. äußern sich kritisch zu dem Antrag. Zum einen zu der verstärkten Ausrichtung auf interne statt externe Kräfte, zum anderen mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen Stellenplan einerseits und Personalkostenbudget andererseits. Am Erfolg der Personalkostenbudgetierung könne es keine Zweifel geben.

Frau Wucherpfennig stellt klar, dass es nicht Intention des Antrags sei, die Personalkostenbudgetierung aufzuheben. Es gelte ein vernünftiges Verhältnis zwischen Stellenbedarf und Personalkostenbudget zu schaffen. Zudem schließe der Antrag den Einsatz externen Sachverständigen nicht aus, soweit dies möglich und sinnvoll sei. **Herr Boss** verweist in diesem Zusammenhang auf die Ziffer 3 des Beschlusstextes.

Auf Nachfrage erklärt **Herr Limbach**, dass die Verwaltung noch keine Haltung zu dem Antrag habe bzw. einnehme, weil es zunächst gelte, die Beschlussfassung hierüber abzuwarten.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke. sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenplan vor dem Hintergrund einer auskömmlichen Finanzierung zu analysieren. In die Analyse sollen vor allem Betrachtungen mit einfließen, ob und inwieweit Stellen für einen längeren Zeitraum nicht besetzt sind. Die Gründe der Nichtbesetzung sollen dargestellt und erläutert werden.

2. Darüber hinaus soll ein Konzept vorgelegt werden, um die Strukturen, Arbeitsabläufe, Aufgaben und Arbeitsbelastungen in allen Bereichen des LVR in ihrer Effektivität und Wirtschaftlichkeit zu optimieren.

Das Konzept soll Aussagen zur Priorisierung der zu betrachtenden Strukturen, Arbeitsabläufe etc. enthalten. Einen (ersten) Schwerpunkt der Betrachtungen sollen dabei die Bereiche mit „hoher Stellenplanrelevanz“ bilden. Hierbei sind die Zielsetzungen des Antrages 14/62 im Hinblick auf die Schaffung von behindertengerechten Arbeitsplätzen und Arbeitsplätzen für Menschen mit Leistungsbeeinträchtigungen mit einzubeziehen.

3. Um die in Ziffer 2 genannten Ziele schnellstmöglich umsetzen zu können und die notwendigen Organisationsuntersuchungen – soweit möglich und sinnvoll – mit eigenem Personal durchführen zu können, sollen - soweit erforderlich - zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden."

Punkt 4.1.9

Haushalt 2015/16;

Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze

Antrag 14/62 SPD, CDU

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache, bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt Betriebsintegrierte Arbeitsplätze zu schaffen mit dem Ziel, diese in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln.

Zusätzlich sollen (neue) Arbeitsplätze für leistungseingeschränkte MitarbeiterInnen und Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

Um hier im gesamten LVR einheitlich vorzugehen, soll unverzüglich ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, eine Übersicht über den LVR (einschl. Eigenbetriebe) zu erstellen, aus der ersichtlich ist, in welchen Bereichen wie viele Menschen mit Behinderung beschäftigt sind."

Punkt 4.1.10

Haushalt 2015/16;

Aufstockung der Stellen in den Bereichen LVR-AFZ, LVR-ZMB, Stabsstelle Digitalisierung Kulturelles Erbe

Antrag 14/81 SPD, CDU

Herr Klemm bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu Bedarf, Finanzierung und Kosten der Stellen. Zudem stelle sich die Frage, warum die Stellen nicht Bestandteil der Stellenplanvorlage sind.

Herr Limbach weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag von "bedarfsgerecht" die Rede sei. Demnach erfolge die Bedarfsprüfung etc. wie üblich.

Auf Nachfrage von **Herrn Bortlitz-Dickhoff** erklärt **Herr Limbach**, dass es zunächst gelte, das Ist zu betrachten. Ggf. könne sich im weiteren Verlauf die Möglichkeit ergeben, befristete Beschäftigungsverhältnisse in diesen Bereichen in unbefristete umzuwandeln.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der Fraktionen von Die Linke. und FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, bedarfsgerecht für das Handlungsfeld Substanzerhalt Kulturelles Erbe (Digitalisierung und Sicherung) zusätzliche Stellen in den Bereichen LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum, LVR-Zentrum für Medien und Bildung, Stabsstelle Dez. 9 Digitalisierung Kulturelles Erbe einzurichten und zusätzlich zu

finanzieren.
Hierbei sollen die entstehenden Ertragssteigerungen abgebildet werden."

Punkt 4.1.11
Haushalt 2015/16; Fortführung der Arbeit am "Rheinischen Städteatlas"
Antrag 14/91 CDU, SPD

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache, bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, durch geeignete Personalmaßnahmen sicherzustellen, dass die Fortsetzung der Arbeit am "Rheinischen Städteatlas" nach Qualität und Quantität wie bisher in bewährter Weise fortgesetzt wird."

Punkt 4.1.12
Haushalt 2015/16;
Einsatz regionaler Produkte
Antrag 14/58 SPD, CDU

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzung für den Einkauf von Produkten aus regionaler Landwirtschaft zu prüfen unter Einbeziehung von Bioprodukten der Region und fair gehandeltem Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade etc. (Fairtrade e.V.)."

Punkt 4.2
Haushalt 2015/2016
hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung
Vorlage 14/206/1

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst ohne weitere Aussprache, bei Nichtteilnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, **einstimmig** folgenden Beschluss:

- "1) Dem Entwurf des Haushalts 2015/2016 für die Produktgruppen 067 und 072 im Produktbereich 01 sowie für die Personal- und Versorgungsaufwendungen und deren Auszahlungen wird gemäß Vorlage Nr. 14/206 zugestimmt.
- 2) Dem Entwurf des Haushalts 2015/2016 einschließlich der Veränderungsnachweise für die Produktgruppen 068,070 und 071 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage Nr. 14/206/1 zugestimmt."

Punkt 4.3
Konzept zur Standardisierung von Informationen über die Erreichbarkeit der LVR-Einrichtungen
Vorlage 14/287/1

Herr Frankeser erläutert auf Nachfrage von **Frau Vallot**, dass für die Erreichbarkeit der LVR-Einrichtungen durchaus auf Google-Maps zurückgegriffen werden könne, das hier vorgestellte Konzept aber wesentlich weiter gehe und Informationen, z.B. zur

Barrierefreiheit der LVR-Einrichtungen, in eine Datenbank eingebunden werden sollen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der in der Anlage zur Vorlage Nr. 14/287/1 dargestellten Konzeption zur Verbesserung der Erreichbarkeit der LVR-Einrichtungen mit den beiden Realisierungspaketen (Basiskomponenten und Optionspaket) beauftragt."

Punkt 5 **Stellenplan 2015/2016**

Punkt 5.1 **Stellenplan 2015/2016** **Vorlage 14/209/1**

Herr Limbach verweist eingangs auf das im Nachgang zur letzten Ausschusssitzung erstellte Schreiben der Verwaltung vom 17.02.2015. Hiermit wurden die vom Ausschuss aufgeworfenen Fragen beantwortet.

Herr Schmitz erklärt für die Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, dass die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalts- und damit auch zum Stellenplan letztlich vom Umgang mit ihrem Antrag zur Reduzierung der Landschaftsumlage abhängt. Deshalb werde man sich heute zum Stellenplan der Stimme enthalten.

Herr Boss hält mit Blick auf den Doppelhaushalt und die Mitgliedskörperschaften einen restriktiven Maßstab für angebracht. So sei die Ausbringung und Realisierung von kw-Vermerken konsequent zu verfolgen. Zudem müsse für die Politik Transparenz zwischen neuen Stellen und Stellenverlagerungen herrschen, um Kosten zu minimieren.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Boss auf das Dezernat 3 und die Vorlage Nr. 14/385, die im Umweltausschuss am 26.03.2015 beraten und in den morgigen Finanzausschuss verwiesen wurde. Bestandteil dieser Vorlage sei ein "Stellenbesetzungsplan", der für 2015 Kosten in Höhe von 359.717 und für 2016 von 511.762 € verursache. Ein Teil dieser Stelle sei Gegenstand der Stellenplanvorlage. Mit Ausnahme der Stellen des Dezernenten und einer Sekretärin seien alle Stellen zu streichen. Die Querschnittsaufgaben des Dezernates 3 könnten von anderen Querschnittsbereichen mit erledigt werden.

Weiterhin sei die zusätzliche Stelle für Öffentlichkeitsarbeit im Dezernat 7 (siehe Ziffer 16 der Erläuterungen zur Anlage 1 (Entwurf 2015) der Vorlage 14/209) zu streichen. Dafür gebe es genug Kapazitäten im FB Kommunikation.

Zudem seien die Stellen für eine/einen Museologin/Museologen für die Römertherme Zülpich (siehe Ziffer 30 der vorstehenden Anlage) sowie zur barrierefreien Gestaltung von Dokumenten etc. im Dezernat 1 (siehe Ziffer 2 der Erläuterungen zur Anlage 2 (Entwurf 2016) der Vorlage 14/209) unter Vorbehalt zu beschließen, da die Bedarfsfrage noch nicht abschließend geklärt sei. Insoweit bestehe noch Beratungsbedarf. Ein abschließendes Votum könne erst im Landschaftsausschuss erfolgen.

Herr Bortlitz-Dickhoff stellt klar, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Stellenplan in der von der Verwaltung vorgelegten Entwurfsfassung zugestimmt hätte. Mit den von Herrn Boss aufgezeigten Einschränkungen sei dies nicht möglich. Die neue Dezernatsstruktur sei Wille der Fraktionen von CDU und SPD. Für vernünftige Arbeit bedürfe es einer entsprechenden Stellen- und Personalausstattung.

Auch **Herr Runkler** vertritt die Auffassung, dass man die Konsequenzen aus dem politischen Handeln tragen müsse.

Herr Boss verdeutlicht, dass Stellenplanentwurf bedeute, dass über den Stellenplan beraten werde, ggf. Anpassung vorgenommen würden und dann ein Beschluss erfolge. Der für das Dezernat 3 zuständige Dezernent hätte ein entsprechendes Organigramm vorlegen können.

Herr Klemm verweist darauf, dass es nicht um die Sichtweise eines Dezernenten gehe. Unter dem Aspekt der Einheitlichkeit der Verwaltung werde der Stellenplan durch das Dezernat 1 eingebracht. Das Organigramm weise für das Dezernat 3 zwei Fachbereiche aus.

Herr Limbach bezeichnet den Einwand von Herrn Klemm zum Stellenplanentwurf als Vorlage der Verwaltung an die Politik als berechtigt. Ein bestimmter Stellenrahmen setze aber keine automatischen Vorgaben für die Organisationsstruktur eines Dezernates.

Zwischen den Fraktionen besteht Einvernehmen, dass es sich bei den von **Herrn Boss** erläuterten Stellenstreichungen um einen Änderungsantrag zum Stellenplanentwurf handelt. Von daher lässt **die Vorsitzende** zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

1. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung beschließt **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Linke sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - den Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 14/209/1.
2. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst sodann **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD - gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. sowie bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN - folgenden Beschluss:

"Dem mit Vorlage Nr. 14/209/1 vorgelegten Entwurf des Stellenplanes 2015 und 2016 wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Streichung von 2,5 Stellen (000.32100.010, 000.32100.020 und 000.31100.020) im Dezernat 3
2. Streichung einer Stelle im Dezernat 7 (000.70100.100)
3. Die Einrichtung der Stellen 000.11360.115 und 981.1300.030 erfolgt bis zur abschließenden Klärung der Bedarfsfrage unter Vorbehalt."

Punkt 5.2

Personalbericht 2014 für die LVR-Dezernate und LVR-InfoKom Vorlage 14/286/1

"Der Personalbericht 2014 für die LVR-Dezernate und LVR-InfoKom wird ohne Aussprache gemäß Vorlage Nr. 14/286/1 zur Kenntnis genommen."

Punkt 5.3

Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2014 (einschl. Entwicklung 2010 bis

2013)
Vorlage 14/417

Herr Bortlitz-Dickhoff, Frau Wucherpfennig und Herr Zierus loben die insgesamt positive Entwicklung. Dies gelte auch für die Quote von knapp 17% der befristeten Beschäftigungsverhältnisse, die in 2014 in unbefristete umgewandelt werden konnten. Eine weitere Verbesserung dieser Quote sollte angestrebt werden. Es gelte zudem, den Fokus auf die sachgrundlosen Befristungen zu richten und regionale Unterschiede zu betrachten.

Herr Zierus bittet, die Vorlage auch den anderen betroffenen Ausschüssen (Krankenhausausschüsse etc.) zur Kenntnis zu geben. Hierzu besteht Einvernehmen im Ausschuss.

Herr Limbach stellt klar, dass, entgegen der Aussage in den Krankenhausausschüssen, im Bereich der LVR-Kliniken befristete Arbeitszeitreduzierungen nicht mitgezählt wurden.

"Der Bericht zur Entwicklung und zum aktuellen Stand der befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird gemäß Vorlage Nr. 14/417 zur Kenntnis genommen."

Punkt 6

Betriebsintegrierte Arbeitsplätze im LVR- Grundsätzliches und aktueller Sachstand
Vorlage 14/395

Herr Limbach verweist auf die Beratung der Vorlage im Sozialausschuss und den dortigen Hinweis, der Schülerschaft aus den Förderschulen Betriebspraktika zu ermöglichen. Er merkt an, dass der LVR dafür insgesamt offen sei und erläutert die Aktivitäten des LVR in diesem Bereich. So habe es in 2014 insgesamt 129 Schulpraktikantinnen und Schulpraktikanten gegeben, davon seien 17 schwerbehinderte Menschen gewesen. Herr Limbach führt weiterhin aus, dass die Vorlage auch die Grenzen der Machbarkeit in Sachen BiAP darstelle, insbesondere mit Blick auf eigene leistungsgeminderte Mitarbeitende. Dies ändere nichts an der sozialpolitischen Sinnhaftigkeit der betriebsintegrierten Arbeitsplätze.

"Die Vorlage Nr. 14/395 wird zur Kenntnis genommen."

Punkt 7

Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt
Vorlage 14/320

"Der Bericht zum Inklusionsbarometer wird gemäß Vorlage Nr. 14/320 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Bericht der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming - Schlussfolgerungen und Zielsetzungen
Vorlage 14/412

Frau Mäcke präsentiert dem Ausschuss die Schwerpunkte des o. a. Berichtes im Rahmen eines Vortrags, der als Anlage der Niederschrift beigefügt ist.

Frau Peters, Herr Runkler und Frau Wucherpfennig bedanken sich für den Vortrag, den Bericht und die über Jahrzehnte gute Gleichstellungsarbeit.

Frau Mäckle begrüßt den Vorschlag von **Frau Peters**, alle Mitglieder der Landschaftsversammlung auf die Vorlage hinzuweisen.

Zur Frage von **Herrn Runkler**, ob es Ablehnungen von sog. vollzeitnahen Arbeitszeitreduzierungen in nennenswertem Umfang gebe, merkt **Frau Mäckle** an, dass es schwierig werde, wenn es um Führungsaufgaben gehe.

"Die aus dem Bericht der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming entwickelten Schlussfolgerungen und Zielsetzungen werden gemäß Vorlage Nr. 14/412 zur Kenntnis genommen."

Punkt 9 **Verschiedenes**

Mit Blick auf die Tarifeinigung der Länder, die als Messgröße für die Anpassung der Beamtenbesoldung gilt, führt **Herr Limbach** aus, dass noch nicht entschieden sei, mit welchen Modalitäten eine Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten erfolge.

Punkt 10 **Wirtschaftsplanentwurf 2015 LVR-InfoKom** **Vorlage 14/267/1**

Herr Frankeser erläutert, dass die mit den Bereichen abgestimmten Anforderungen für 2015 die Basis für den Wirtschaftsplanentwurf bilden. Zudem weist er auf die recht hohe Differenz zwischen den Ansätzen 2014 und 2015 hin. Hintergrund hier sei der Umstand, dass der Wirtschaftsplanentwurf 2015 an das tatsächliche Ist angeglichen worden sei.

Herr Rickes verweist auf die Bildung einiger Rückstellungen, um Aufwendungen der nächsten Jahre abzufangen. Beispielhaft nennt er das Neubauvorhaben Ottoplatz. Dieses Bauvorhaben, aber auch verschiedene Projekte bereiten ihm eine gewisse Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung von LVR-InfoKom. Deshalb sei es sein Wunsch, über zu erwartende oder auftretende Probleme, auch wirtschaftlicher Art, informiert zu werden.

Frau Wucherpennig wendet ein, dass es dazu die Kommission Ottoplatz gebe und dies für 2015 nicht von Bedeutung sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Der Wirtschaftsplanentwurf LVR-InfoKom für das Jahr 2015 einschließlich des Kassenkreditrahmens wird gemäß Vorlage 14/267/1 festgestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wirtschaftsplanentwurf 2015 bis zur Drucklegung noch an die aktuelle Entwicklung anzupassen und gegebenenfalls erforderliche Änderungen ohne Einzelaufführung in den Veränderungsnachweisen bei der Drucklegung des endgültigen Wirtschaftsplanes vorzunehmen, soweit diese Anpassungen keine Auswirkungen auf das ausgewiesene Ergebnis haben."

Punkt 11 **Medienberatung NRW - LOGINEO NRW** **Vorlage 14/199**

Herr Boss bittet nach 2 Jahren um eine Evaluation und einen Bericht. **Die Vorsitzende** stellt dazu Einvernehmen im Ausschuss fest.

Auf Nachfrage von **Frau Vallot** sagt **Herr Frankeser** zu, eine Information darüber nachzuliefern, wie hoch die Kosten für die Nutzung von LOGINEO für ein Gymnasium mit 1.000 Schülerinnen und Schülern sei. (*Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für ein entsprechendes Gymnasium betragen 520 € netto pro Jahr*). Weiterhin führt er auf ihre Nachfrage aus, dass das Thema Breitbandinitiative separat zu betrachten sei, LOGINEO aber nicht nur in der Schule, sondern auch mobil und zu Hause genutzt werde.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden ergänztenempfehlenden Beschluss:

"Gemäß Vorlage-Nr. 14/199 wird der Sachverhalt zum Projekt LOGINEO NRW zur Kenntnis genommen, dem Entwurf der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung Medienberatung NRW vom 19.07.2011 – LOGINEO NRW – zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, zur Umsetzung von LOGINEO NRW die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen unter Maßgabe der aufgeführten Vorgaben mit dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) abzuschließen.

Dieser Beschluss umfasst eine Evaluation und einen Bericht nach 2 Jahren."

Punkt 12 **Verschiedenes**

Zu dem bereits im Ausschuss behandelten Thema "Bürger-WLAN" führt **Herr Limbach** aus, dass, bezogen auf den Standort Köln-Deutz, jährliche IT-Kosten in Höhe von ca. 15.000 € entstehen würden. Dies seien die Kosten für die sog. Accesspoints. In diesen Kosten nicht enthalten seien die Kosten für Installationsarbeiten (Strom- und Netzdose) sowie die verbrauchte Energie vor Ort.

Wuppertal, den 20.05.2015	Köln, den 30.04.2015	Köln, den 04.05.2015
Die Vorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland In Vertretung	Betriebsleitung LVR-InfoKom In Vertretung
Schulz	Limbach	Frankeser

– Schlussfolgerungen und Zielsetzungen –
**aus dem Bericht der LVR – Stabsstelle Gleichstellung
und Gender Mainstreaming**

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung
16.04.2015

Themenbereich Gleichstellung

Zielsetzungen

- **Erhöhung des Anteiles von Männern in den klassischen „Frauenberufen“ – Therapie, Pflege, Betreuung -**
 - **Erhöhung der Attraktivität dieser Berufsbilder im Kontext der generellen Bemühungen um Arbeitgeberattraktivität**
 - **gezielte Ansprache von Männern**

 - **Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen –**
 - **Bedingungen verbessern für „Karriere und Kind“**
-

„Die Organisation der beruflichen Lebensverläufe stimmt heute nicht mehr mit der familiären Lebensführung überein.“

(Betram, Hans/ Deuflhard, Carolin (2015):

„Die überforderte Generation. Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft)

- > gehetzte Generation
- > rush hour des Lebens
- > Generation Y

**Wesentliches Merkmal:
Annäherung zwischen den Geschlechtern, Wunsch
nach vollzeitnaher Teilzeitbeschäftigung bzw.
kürzerer Vollzeitbeschäftigung**

Themenbereich Lebensphasenorientierung - Familienfreundlichkeit – Vereinbarkeit von Beruf/Karriere und Familie

Zielsetzungen

**Unternehmenskultur, Führungsverständnis und ganz
praktisch Organisation und Personalgewinnung,
Personalmanagement und – entwicklung sind aktiv und
durchgängig am Konzept der Lebensphasenorientierung
auszurichten.**

Themenbereich Lebensphasenorientierung

Zielsetzungen

- **Analyse und kritische Würdigung von Organisationsvorgaben (z.B. sich aus dem Stellenplan ergebenden), die der Lebensphasenorientierung zuwiderlaufen/ Entwicklung von geeigneten Vorgehensweisen mit der Zielsetzung....**
 - der Erleichterung der Anpassung der Arbeitszeitvolumina an veränderte Lebensphasen, auch in kürzeren Abständen und mehrfach,
 - des Angebots vollzeitnaher Beschäftigung an Männer und Frauen, die Beruf und Familie zu vereinbaren haben,
 - vollzeitnahe Beschäftigung als eine Regelarbeitszeit
 - gezielte Erprobung und Evaluation von Modellen von Führung und Leitung
 - in vollzeitnaher Teilzeitbeschäftigung
 - mit geteilter Leitung/Führung
-

Themenbereich Lebensphasenorientierung....

Zielsetzungen

- **Information, Qualifizierung und Fortbildung zur Lebensphasenorientierung**
 - Führungskräfteinformation und -qualifizierung in Hinblick auf Führung und Lebensphasenorientierung
 - Führungs- und Leitungspositionen für Menschen in der rush hour des Lebens - kreativer Umgang mit der Leitungsrolle
 - Ausrichtung der Personalentwicklung am Konzept der Lebensphasenorientierung
 - aktive Rückkehrbegleitung in und nach Elternzeit/Beurlaubung
-

Themenbereich Lebensphasenorientierung ...

Zielsetzungen

- **Lebensphasenorientierung als Bestandteil der LVR-Arbeitgebermarke**
 - Ansprache von Frauen am Ende der Familienphase als ausdrückliche Zielgruppe von Personalgewinnung am Arbeitsmarkt (auch für die Ausbildung)
-

Themenbereich: eigenständige Existenzsicherung

Zielsetzungen

- **Breite Information und Aufklärung zum Themenbereich „Eigenständige Existenzsicherung - riskante Beschäftigungsverhältnisse“**
 - **Beschränkung befristeter Beschäftigung auf klar zu umreiende Gründe**
 - **Begrenzung unterhftiger Beschäftigung auf kurze festgelegte Zeiträume einer Wiedereingliederung**
 - **Ermöglichung möglichst hoher Stundenkontingente unterhalb der Vollzeitbeschäftigung**
-

Themenbereich Gender Mainstreaming

Zielsetzungen

- **Gender Mainstreaming wird grundsätzlich als Kategorie der Qualitätssicherung in den Gesamtsteuerungsprozess aufgenommen.**
 - **Fallzahlen, die sich auf Personen beziehen, werden grundsätzlich flächendeckend auch gesondert nach Geschlecht ausgewiesen. Signifikante Unterschiede werden dadurch sichtbar gemacht.**
 - **Bei allen Konzepten und Maßnahmen und entsprechenden Vorlagen an die politische Vertretung und allen Zielvereinbarungen im LVR-Gesamtsteuerungsprozess sind bei signifikanten Unterschieden Aussagen zu Schlussfolgerungen und Handlungsansätzen zu treffen.**
-